

Bernstadt gibt das Signal:

So wird die Antifaschistische Aktion zur Tat

Am Sonnabend, dem 2. Juli, tagte in Bernstadt der Ortsausschuss des ADGB. Es waren vertreten: Tertiärarbeiterverband, Bauarbeiter (Baugewerksbund), Zimmererverband, Schuharbeiter, Buchdruckereihilfsarbeiter und Fabrikarbeiterverband. Nach einem eingehenden Referat des Kollegen Grüner aus Dresden über die neue Notverordnung mit ihrem Renten- und Unterstützungsabbau wurde die Entwicklung des Faschismus in Deutschland klar aufgeschildert. Das Gebot der Stunde mußte die Zusammenstellung der gelärmten Arbeiterschaft zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus. Die rote Einheitsfront als Durchführung der Antifaschistischen Aktion ist die einzige Möglichkeit, mit der sich die Arbeiterschaft gegen das weitere Vorrücken des Faschismus wehren kann. Aktionen in den Betrieben, auf den Stempelstellen, an den Postanstalten, den Wohntürmen usw., geführt von der gelärmten Arbeiterschaft, sind die bestreite Art, um wirtschaftlich gegen die Notverordnung und die darin enthaltenen Maßnahmen zu kämpfen. Aus diesen Gründen beschloß der Ortsausschuß einstimmig, zwei Delegierte zum Einheitsfronttag am Sonntag, dem 10. Juli in Übersbach zu entsenden. Außerdem beschloß der Ortsausschuß gegen eine Abstimmung eine Resolution, die bis voll und ganz hinter die vom Gewerkschaftsamt getroffenen Forderungen steht und die corporative Struktur an die von der KPD und der RGO eingeleitete antifaschistische Aktion befähigt.

Die praktischen Auswertungen dieser Entschließung wurde einstimmig beschlossen, durch den Ortsausschuß des ADGB eine Erkundungsergebnis von Bernstadt und Umgebung für die Arbeiterschaft einzubringen und diese aufzurufen, den Tag des Ortsausschusses, nämlich sich corporativ der Antifaschistischen Aktion anzuschließen, in die Tat umzusetzen.

Zusätzlich befahlte sich der Ortsausschuß neben einer weiteren Tätigkeit mit der Erzielung des leichten noch voll besetzten Betriebes in Bernstadt. Bei der Firma Ankers, Uhrenfabrik, in Bernstadt, wurde seit 1923 fast immer voll neun Stunden täglich gearbeitet. Jetzt sollen die Löhne erneut gefügt werden. In diesem Zweck hat die leise christliche Firma der geistlichen Belegschaft von 150 Personen gefandert. Eine Betriebsversammlung, die zu der Kündigung Stellung nimmt, soll durch den Betriebsarbeiterverband organisiert werden.

Der weiteren nahm man davon Kenntnis, daß die Zeitzillenfabrik bei der Firma Schiller & Co. ebenfalls Delegierte zum Einheitsfronttag in Übersbach gewählt haben.

Bernstadt gibt ein Beispiel dafür, wie die Antifaschistische Aktion in die Tat umgesetzt wird. Es bleibt nicht bei papieren Proklamationen, sondern konkret werden sofort an Hand der sozialen Gesetzmäßigkeit die nächsten, unmittelbaren Aufgaben herausgeschält und deren Durchführung in Angriff genommen.

Die Reichskanzlerin folgt sofort die Konzentration aller Kräfte auf zunächst einen Betrieb, dem dann andere folgen werden. Aktionen, Plakatkämpfe, Streiks auszulösen, das ist der Sinn und der Charakter der Antifaschistischen Aktion, nur so ist es möglich, die Kampfformen des Proletariats auf eine höhere Ebene zu bringen und den Faschismus in allen seinen Spielarten entscheidend zu schlagen.

Hier liegt der besondere Wert der Beischlüsse des Bernstadter Ortsausschusses. Die Männer, die heute noch hinter dem Reformismus stehen, fühlen: Hier wird wirklich gekämpft, und werden vor der Begeisterung zur Aktion mitgerissen.

Das heißt es: in allen Betrieben und Gewerkschaften durch eine unermüdliche Arbeit weiter vorzukämpfen, die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter in die rote Einheitsfront einzuschließen und den Sieg der Antifaschistischen Aktion herzustellen!

Dresden Straßenbahner beschließen:

Hinweg mit der Nazi-Mord-Presse

Belegschaft Waltherstraße für rote Einheitsfront. Reformist Kraft beschimpft KPD und RGO. Christen als Nazi-Bundesgenossen. Gesamtbetriebsrat beschließt: Nazipresse muß aus dem Betrieb hinaus

(Arbeiterkorrespondenz 738)

Die Nazis wollen jetzt auch bei der Straßenbahn Seiten Zuhören und so verüben sie es im Bahnhof Waltherstraße. Es wurde sich dort folgendes ab:

In der Kantine des Bahnhofes war eines Tages die Zeitung der Nazis, der Freiheitskampf, ausgehängt worden. Die Kollegen, die ungemein empört darüber waren, verlangten vom Wirt, daß er die Zeitung wieder entfernen sollte. Als die paar Nazis dies erlaubten, ließen sie zum Bahnhofswärter und zum Kantineherrn, um ihn zu beschweren. Der Wirt entfernte daraufhin auch die Arbeitersstimme und die Volkszeitung. Die Belegschaft beschloß, eine Versammlung einzuberufen und bis dahin die Kantine zu kontrollieren.

Am 30. Juni stieg nun diese Versammlung, die sehr kurz dauerte. Als im ersten Tagesordnungspunkt die Sache Grüner angeholt wurde, wollten die Christen Riedel, Günther und Kawroth ihr Verhalten vor dem Reichsgericht verteidigen. Doch hatten sie bei den Kollegen damit kein Glück, denn diese haben die Unternehmensleitung durchdrungen und protestierten heftig dagegen. Der AGO-Betriebsrat Weder gehörte das Verhalten dieser Leute und bewies, daß sie alles

verachteten, um den Kollegen Grüner ins Zuchthaus zu bringen. Gute drücklich war das Verhalten des Reformisten Riedel, der durch einen Zwischenruf bemerkte, daß es der AGO und KPD ganz lieb gewesen wäre, wenn man Grüner eingesperrt hätte. Dann würde man wenigstens eine gute neue Wahlparole haben. Als zweiter Punkt lag die Zeitungsangelegenheit. Die Redner der Christen, denen die Sache sehr unlieb war, versuchten den Punkt recht bald abzudrehen. Der Christ Günther erklärte, daß jede Partei das Recht habe, ihre Zeitungen auszulegen. Das müsse man auch den Nazis gestatten, denn sie würden in dieser Wahl ganz sicher Sieger werden und dann würde keine Partei mit ihnen sicher eine Koalition bilden. Als nächster Redner zerstörte der rote Betriebsrat Bruchholz die Aussichtserklärung Günthers, indem er das schändliche Verhalten dieser Leute anprangerte, die es mit niemand verbergen wollen und dabei die Arbeiterschaft immer mehr ins Elend stürzen. Er zeigte die Rolle der AGO als Partei des Ausbeutes und Generals auf und sprach noch zu den Vorgängen in Lobau und im Gedächtnis. Zum Schlusse forderte er unter großem Applaus der Anwesenden zur Bildung der roten Einheitsfront auf. Nachdem botte noch ein Nazi ein paar Worte, die man jedoch durch den Protest der Kollegen nicht verstand. Anschließend war ein Antrag eingegangen, der verlangte, daß sämtliche Nazis Zeitungen und Schriften auf dem Bahnhof und in der Kantine nicht ausgelegt werden dürfen. Derselbe wurde gegen eine Stimme angenommen. Eine kluge Rolle spielten die Sozialdemokraten, die, obwohl der Verbandsangehörige Bandowitsch selbst anwesend war, sich überhaupt nicht zum Wort gemeldet hatten. Derselbe Antrag lag einer Gefamtbetriebsratslösung der Dresdner Straßenbahnen AG vor und wurde einstimmig angenommen.

Kollegen, Betriebsarbeiter, der Beischluß der Straßenbahner muß in jedem Betrieb Widerhall finden und darüber hinaus alle Belegschaften für die rote Einheitsfront mobilisieren.



Gewerkschaftsführer von Riesa

Für Arbeitsdienstplicht – gegen tarifliche Bezahlung

Am 29. Juni fand in Riesa eine Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre statt. Es sprach dort ein Herr Weise aus Dresden über den freiwilligen Arbeitseinsatz. Dieser Weise vertrat mit allen Mitteln den Auffassung, daß der freiwillige Arbeitseinsatz schadhaft sei.

Der Gewerkschaftsführer der SVD, Lehmann Günther, führte aus, man könne nicht zweien, daß die 50 Millionen, die das Reich für den freiwilligen Arbeitseinsatz bereit gestellt hat, allein den bürgerlichen Organisationen zugute kommen, sondern, wenn die SVD müsse alles tun, um auch etwas davon abzubekommen. Der Führer des Baugewerksbundes, Trichmann, sprach sich neben den Kommunisten als einziger gegen den Arbeitseinsatz aus. Interessant war dabei, daß derzeit Trichmann vor einigen Tagen auf einer Zusammenkunft von Gewerkschaftsführern

führern in Dresden, wo ein nationalsozialistischer Ministerialrat das Referat hielt, mit für den Arbeitseinsatz gestimmt hatte. In der Funktionstagsversammlung in Riesa wurde Trichmann wieder lobend und erklärte wörtlich: „Jetzt muß Schulz gemacht werden mit der Politik des „kleineren Uebels“, wir lassen uns nicht mehr verarbeiten wie bei der Hindenburgwahl.“

Nach diesen Ausführungen sprach für die Kommunisten der Genossen Walther und forderte zum klärrlichen Kampf gegen den Arbeitseinsatz auf. Der Genossen Walther stellte den Antrag: „Der Arbeitseinsatz in jeder Form ist abschreckend“ und forderte Arbeitseinschaffung und Bezahlung nach Tariflöhnen, wie es im kommunistischen Arbeitseinsatzprogramm festgelegt ist. Als über diesen Antrag abgestimmt werden sollte, wagte sich auch, daß die vorher gemachten Aussführungen Trichmanns aus Schaudräger waren. Trichmann erklärte, dieser Antrag der Kommunisten hätte keinen Zweck. Erst müßten die Spuren beseitigen, ehe die Funktionäre dazu Stellung nehmen. Der Antrag wurde dorofthen gegen 12 Stimmen der Kommunisten und Sympathisierenden abgelehnt. Diese Versammlung ist ein Vorbildispiel von „Theorie und Praxis“ der Gewerkschaftsführer. In Wörtern gebraucht es sich lobend und wenn es nur zur Wahrheit geht, finden sie leicht zusammen. Jetzt liegt es an den Arbeitern, überall die Einheitsfront von unten herzustellen und in den Arbeitseinsatzlager Kampfe für tarifliche Bezahlung zu organisieren.

Unternehmer zum Rückzug gezwungen

Der letzte einige Wochen geführte entschlossene Kampf der Bauarbeiter auf den Baustellen Albrecht-Dörr in Böhlen zeigt die Bauarbeiter bereits zum Rückzug. Am Verhandlungstag mit der zentralen Streitleitung erklärten sie die Unternehmer zur Zahlung einer Zulage von 10 Pfennig pro Stunde bereit. Die streitenden Bauarbeiter lehnten dieses Angebot aber einstimmig ab, sie sind entschlossen, die Erfüllung ihrer Forderung auf Zahlung des alten Lohnes durchzuführen. Die Zuländigkeit der Bauarbeiter und ein Erfolg der geschlossenen Kampfzeit und konsekutive Streitführung der Bauarbeiter. Die Streitkommissionen der Gewerkschaftsbürokratie und die Streitkommissionen der NSGärtner aus dem Ruhrgebiet wurden durch die rote Einheitsfront der Bauarbeiter zunächst gemacht. Die geleistete wertvolle Unterstützung zeigt ihre Solidarität mit den Bauarbeitern durch aktive Unterstützung des Kampfes.

Zechen-Diktaturherrsche vor der Stilllegung

Im Verwaltungsgebäude der Zechen-Diktatur herrschen am 25. Juni in Würschnitz die ersten Stilllegungsverhandlungen. Die Zechenverwaltung erklärte, sie müsse am 18. Juli die gesamte Stilllegung der Zechen die ganze Gemeinde zusammenbrechen will. Trotzdem kann kein Zusatz beobachtet werden, daß die Regierung die Stilllegung ohne weiteres genehmigen wird. Der Beischluß über die Stilllegung wurde verhindert, da ein kommunistischer Antrag gegen die Stilllegung im Handels- und Gewerbeaufsichtsamt des Preußischen Landtages eingegangen war.

Streiksieg Faulbrüder Ziegeldarbeiter

Der Streik der Ziegeldarbeiter im Faulbrüder in Schleiz, der AG gegen den schlechten Stundenlohn rückte, konnte mit einem kleinen Erfolg beendet werden. Durch die geschlossene einheitliche Kampfform lag sich der Unternehmer präzisierend, eine Lohnverhöhung von 2 Pfennig pro Stunde zu gewähren. Ferner wurde eine Sonderzulage von 7 Pfennig pro 1000 Ziegeldarleiter, sowie eine Sonderzulage von 1 Pfennig bestimmt. Durch das entschlossene Auftreten der Belegschaft wurde auch beim Bauherrn gemeinsame Bezahlung der Streiksiege erkämpft. Dieser entscheidende Kampf, der in breiterer roter Einheitsfront geführt wurde, zeigt, daß durch geschlossenen Streik nicht nur weiterer Lohnabbau abgewehrt, sondern der Untergang noch zu Erfolgsergebnissen geprägt werden kann.

Neuer Lohnabbau für die hungernden Textilarbeiter

Die Unternehmer diktieren. Die Gewerkschaftsinstanzen gegen den Kampf. Was ist zu tun?

Die Unternehmer unterdrücken die Lohnabbauforderung, indem sie jede wirkliche Kampfmöglichkeit verhindern wollen.

Aber es ist genug! Es gibt für die Textilarbeiter keinen anderen Ausweg, als daß sie sich in jedem Betrieb durchsetzen einzigen, gegen den Willen der sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Gewerkschaften eben Lohnabbau durchzusetzen, den Unternehmern gegenüber, den Arbeitern die Eingearbeitung abzuholen.

Es ist klar, daß die Schlichtungsinstanzen der Papenregierung nicht jenseit von Hitler gelingt wird. Lohnabbauforderungen. So wurde für den badischen Textilbezirk ein Schiedsgericht bestimmt, das 4 Prozent Lohnabbau vorsieht, das für den Kreisbetrieb Zwickau ebenfalls geläßt Schiedsgericht einen Lohnabbau von 5 bis 6 Prozent vor, für die münsterländer Textilindustrie einen Schichter einen Lohnabbau von 5,5 Prozent vor.

Die Gewerkschaftsvertreter lehnen wohl der Form nach ab, sie wollen aber keinerlei wirkliche Kampfmöglichkeiten. In Böhlen im Münsterland und im Kreisbetrieb Geithain haben daraufhin die Unternehmer durch Antrag die von den Schlichtern vorgebrachten Löhne bestimmt, und den Arbeitern die Eingearbeitung verboten, um sie so zur käftigen Verzweiflung des Unternehmens zu bringen.

Das Gleiche der Textilarbeiter, die in ihrer großen Mehrzahl fertigen arbeiten, ist unbeschreiblich. In Böhlen erhalten z.B. die höchste bezahlten Textilarbeiterinnen einen tariflichen Stundenlohn von 55 Pfennig, eine niedrigere entlastete Kategorie einen Stundenlohn von nur 34 Pfennig. Man kann daraus ersehen, daß die Textilarbeiter dem lächerlichen Hunger ausgesetzt sind.

Diesen hungernden Textilarbeitern dienen die Unternehmer und die Schlichtungsinstanzen der Papen-Hitler neuen Lohnabbau! Die sozialdemokratischen und christlichen Gewer-

Achtung! Betriebsfunktionäre!

Immer frecher werden die Nazibanden. Täglich häufen sich die Überfälle auf Arbeiter. Dagegen müssen alle Arbeiter geschlossen stehen. Im Kampf gegen den Faschismus spielen die Betriebe eine wichtige Rolle. Dort gilt es, die Voraussetzungen zur Überwindung des Faschismus zu schaffen.

Donnerstag, 7. Juli, 19.30 Uhr, Keglerheim, Friedrichstr.

spricht Genosse Stadtrat Paul Grüner über:

Betriebe und Antifaschistische Aktion!

Betriebsräte, Betriebsfunktionäre und Zellenleiter, erscheint vollständig!

Betriebskommission KPD.